

PRESSEMITTEILUNG

Nr.: 022
Thema: Wohnungsverkäufe

Redaktion: Michael Thiedemann
Datum: 26.01.2006

WANSNER: WOHNUNGSVERKÄUFE BELASTEN MIETER UND UNTERNEHMER

CDU fordert Restrukturierung der öffentlichen Wohnungswirtschaft

„Die seit Jahren fortschreitende Fehlentwicklung im Bestand der Wohnungsbaugesellschaften darf nicht länger auf dem Rücken der Mieter oder zu Lasten der einzelnen Unternehmen ausgetragen werden. Das Doppelspiel in den Reihen der Koalition, vor allem zwischen Senat und SPD-Fraktion ist unerträglich“, sagte heute der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Kurt WANSNER**.

Das wahllose Ausschlachten der einzelnen städtischen Wohnungsunternehmen müsse ein Ende haben. Wansner weiter: „Der Senat muss endlich ein tragfähiges Konzept zum sozialen Wohnungsbau vorlegen. Das Fundament für das sozialräumlich abgestimmte Konzept ist die öffentliche Wohnungswirtschaft. Mit der weiteren ziellosen Veräußerung von Wohnungsbeständen erreicht man allenfalls nur sehr kurzfristige Liquiditätseffekte, schwächt aber die wirtschaftliche Basis der Unternehmen.“ Verluste wirtschaftlich schwächerer Bestände könnten nicht mehr durch Gewinne besserer Lagen ausgeglichen werden. Dadurch sei eine sichere wirtschaftliche Basis der öffentlichen Wohnungswirtschaft dauerhaft nicht mehr zu gewährleisten.

Wansner wies daraufhin, dass nur starke Wohnungsbaugesellschaften auch starke Stadtquartiere sozialverträglich gestalten könnten.

Die CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin fordert deshalb:

Die `Krake´ Berliner Wohnungswirtschaft muss neu geordnet werden. Die Geschäftsfelder, in die Berlin mit öffentlichen Mitteln investieren will, müssen auf das Kerngeschäft des `sozialen Wohnens´ beschränkt werden. Alle übrigen Aktivitäten sollen der Privatwirtschaft überlassen werden, die über leistungsfähige Strukturen verfügt. Eine schlanke Organisation senkt Kosten und damit auch die Mieten.

Deshalb brauchen wir:

- Klare Vorgaben des Senats hinsichtlich der Größe, der Lage und der Qualität des öffentlichen Wohnungsbestands,

- weniger aber starke innovative Wohnungsbaugesellschaften mit bedarfsgerechtem Angebot und schlanker Verwaltung, die sich klar zu ihrer wohnungs- und sozialpolitischen Verantwortung bekennt.

Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen,

- dass sich weitere Wohnungsprivatisierungen nur noch im Rahmen sozial vertretbarer Größenordnung bewegen,
- dass große Bestände, gar ganze Wohnungsbaugesellschaften nicht mehr verkauft werden müssen, allenfalls nur bedarfsgerechte kleinere Einheiten vorwiegend durch Mieterprivatisierung veräußert werden.